
14973/J XXVII. GP

Eingelangt am 28.04.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

betreffend Bedarfserhebungen Sozialarbeit

In Zeiten des Arbeitskräftemangels zeigt sich, dass gerade Sozialberufe von diesem Mangel betroffen sind. Man sieht dies in der Pflege (1), in der Elementarpädagogik (2) oder auch in der Sozialarbeit (3). Besonders die Sozialarbeit zeichnet sich durch ein vielfältiges Berufsbild aus, immerhin reicht die Bandbreite von Sozialarbeit in der Schule, in der Jugendhilfe, Arbeit mit wohnungslosen oder suchtmittelabhängigen Personen bis hin zu Sozialarbeit im Entlassungsmanagement von Krankenhäusern oder der Betreuung von alten Personen mit speziellen Aspekten wie Demenz oder in der Beratung von pflegenden Angehörigen oder bis zum Casemanagement. Dennoch oder gerade deswegen ist der Mangel in all diesen Bereichen unübersehbar. Kinder- und Jugendhilfen setzen öffentliche Hilferufe nach mehr qualifiziertem Personal ab, Patient:innen sind aufgrund sozialer und nicht medizinischer Indikationen in Krankenhäusern und tragen zur weiteren Überlastung bei und der Mangel an Sozialarbeiter:innen wird weiterhin immer größer.

Immerhin gehört Sozialarbeit bereits in mehreren Bundesländern zu den Mangelberufen (4) und teilweise werden die Gehälter massiv erhöht (5). Trotz dieser unterschiedlichen Zwischenmaßnahmen scheint es aber nur eine nachhaltige Lösung gegen den Mangel zu geben: Immer häufiger werden mehr Studienplätze gefordert (6).

Problematisch daran ist, wie so oft die geteilte Zuständigkeit und föderale Struktur. Für einen Großteil der Stellen in der Sozialarbeit sind Bundesländer oder gemeinnützige Einrichtungen zuständig, für die Bedarfsplanung der Studienplätze ist das Bildungsministerium zuständig. Obwohl das BMBWF aber beispielsweise mit der Schulsozialarbeit beschäftigt ist und aufgrund der Pandemiefolgen regelmäßig mit der Forderung nach mehr Sozialarbeiter:innen konfrontiert ist (7), scheint es wenig Bereitschaft zu einer Änderung der Studienplätze zu geben. Immerhin wird beispielsweise an der Fachhochschule St. Pölten von vier bis fünfmal so vielen Bewerber:innen, wie Bachelorstudienplätzen gesprochen (8).

Nachdem aber trotz der Länderkompetenz gewisse Rahmen der Sozialarbeit im Sozialministerium vorgegeben werden, müssen Bedarfsplanung oder Berufsprofile auch durch das Sozialministerium beobachtet werden. So werden zwar soziale Aspekte in Gesundheitspräventionsprogrammen (wie etwa den Frühen Hilfen) oder

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Sozialarbeiter:innen immer wichtiger, inwiefern mit diesem gesellschaftlichen Wandel ein Personalaufbau einhergeht, ist allerdings fraglich. Gleichzeitig scheint es beispielsweise im Entlassungsmanagement in Krankenhäusern immer wieder Probleme in der Abgrenzung zwischen Pflege und Sozialarbeit zu geben, auch die Frage von Verschwiegenheitsregeln wie etwa in der Schulsozialarbeit ist nicht geklärt. In weiterer Folge scheint unklar, welche Formen von Sozialarbeit welche konkreten Aufgaben übernehmen sollen und wie beispielsweise der Ausbau verschiedener Berufspflichten oder gar die Entwicklung eines Berufsgesetzes eingeplant werden.

1. <https://www.salzburg24.at/news/salzburg/stadt/pflege-personalmangel-in-salzburg-spitzt-sich-weiter-zu-133656769>
2. <https://www.kleinezeitung.at/steiermark/6250270/Landesrat-Werner-Amon-Wir-mussten-in-der-Elementarpaedagogik>
3. <https://www.derstandard.at/story/2000138106382/wenn-oesterreichs-kinder-und-jugendhilfe-nach-hilfe-schreit>
4. <https://www.migration.gv.at/de/formen-der-zuwanderung/dauerhafte-zuwanderung/regionale-mangelberufe/>
5. <https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6155451/Neue-Entlohnung-Mangel-an-Sozialarbeitern-Jetzt-hebt-die-Stadt>
6. <https://www.krone.at/2833536>
7. https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/1630/fnameorig_1457314.html
8. <https://www.derstandard.at/story/2000138754010/was-gegen-die-personalnot-in-der-sozialen-arbeit-hilft>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Welche Formen von Sozialarbeit werden vom Sozialministerium als Teilaufgaben der öffentlichen Hand betrachtet? (Bitte um Aufschlüsselung nach einzelnen Fachbereichen sowie zuständiger Stelle)
2. Wie viele Personen sind in Österreich in der Sozialarbeit tätig? (Bitte um Aufschlüsselung nach einzelnen Fachbereichen sowie zuständiger Stelle zb Land, BH-Einheit etc)
3. Welche Berufsprofile haben sich nach Ansicht des Sozialministeriums entwickelt, die rechtlich verankert werden müssen?
4. Ist bekannt, wie die Altersverteilung der Sozialarbeiterinnen im behördlichen Bereich zb im Bereich der Justiz, in der behördlichen Jugendwohlfahrt und an den Sozialämtern der BHs und Magistrate ist? (Falls ja: Bitte um Aufschlüsselung)
5. Ist bekannt, welche Pensionierungs- und Fluktuationszahlen absehbar sind und welcher Bedarf an Sozialarbeiter:innen daraus entsteht?
6. Gibt es Erhebungen oder Berechnungen, wie hoch der Bedarf an Sozialarbeitern in Österreich ist? Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern und folgenden Kategorien:
 - i. Kinder- und Jugendhilfe

- ii. Schulsozialarbeit
 - iii. Strafvollzug und Bewährungshilfe
 - iv. Berufliche Integration und Arbeitsassistenz
 - v. Materielle Grundsicherung und Wohnungslosenhilfe
 - vi. Psychosozialer Dienst und Erwachsenenschutz
 - vii. Arbeit mit Asylwerbenden und Migrant*innenberatung
 - viii. Sozialämter und Schuldner*innenberatung
 - ix. Suchtberatung und -prävention
 - x. Primärversorgung und Krankenhaussozialarbeit
 - xi. Arbeit mit älteren Menschen
 - xii. Internationale Sozialarbeit
7. Wie viel dieses Bedarfs kann aktuell gedeckt werden? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern und Fachbereichen)
8. Wie viel dieses Bedarfs kann nach Ansicht der Bundesländer und des Sozialministeriums mit den vorhandenen Studienplätzen gedeckt werden? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern und Fachbereichen)
9. Wie viele zusätzliche Studienplätze wären nach Berechnungen des Sozialministeriums zur Deckung dieses Bedarfs nötig? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern und Fachbereichen)
10. Gibt es seitens des Sozialministeriums Pläne, sich zu Deckung dieses Bedarfs beim Wissenschaftsministerium für eigene Fachrichtungen (beispielsweise ein Masterstudium Schulsozialarbeit oÄ) einzusetzen?
11. Gab seitens des Sozialministeriums Gespräche mit dem Wissenschaftsministeriums, ob und wie die vorhandenen Studienplätze zur Deckung des Bedarfs ausgebaut werden könnten?
- a. Falls ja: Mit welchem Ergebnis?
 - b. Falls nein: Warum nicht?
12. Gibt es seitens des Sozialministeriums Bestrebungen, einzelne Berufsprofile in Fachbereichen der Sozialarbeit zu schärfen, um eine Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen zu verbessern?
- a. Falls ja: Mit welchen bisherigen Ergebnissen?
 - b. Falls nein: Warum nicht?